

12.03.2018 – 14:22 Uhr

## ikr: Arbeitsgruppe untersucht Empfehlungen zu Menschenrechtsfragen

Vaduz (ots/ikr) -

Die Regierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den UNO-Empfehlungen zu zwei zentralen Menschenrechtskonventionen befasst. Zu ihren Schwerpunkten gehören die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Verhinderung von Diskriminierungen jeglicher Art.

Seit langem engagiert sich Liechtenstein auf internationaler Ebene für die Stärkung der Menschenrechte und auf Landesebene für die laufende Weiterentwicklung der Grundrechtstandards. Hierfür hat das Land im Jahr 1999 zwei bedeutungsvolle UNO-Menschenrechtskonventionen ratifiziert - den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie den Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Die entsprechenden Länderberichte wurden im vergangenen Jahr vor den Ausschüssen in Genf präsentiert.

Genauere Prüfung

Anhand der eingereichten Berichte haben die internationalen Experten in ihren abschliessenden Bemerkungen Empfehlungen für Liechtenstein formuliert. Diese betreffen insbesondere die Gleichstellung von Mann und Frau, die Verhinderung von Diskriminierung, die Verbesserung der Integration von Migranten, die Verstärkung der Folterprävention sowie den besseren Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderung.

Um die UN-Empfehlungen angemessen weiterzuerfolgen, hat die Regierung eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe eingesetzt. Deren Aufgabe ist es, die einzelnen Punkte zu prüfen und der Regierung bis im Sommer einen Vorschlag zu unterbreiten, welche Empfehlungen ganz oder teilweise umgesetzt werden sollen. Im Rahmen des Gleichstellungsthemas sollen zudem die Ursachen analysiert werden, warum Frauen in politischen Ämtern und Entscheidungspositionen immer noch unterrepräsentiert sind.

Wer an den Beobachtungen der UN-Ausschüsse sowie an den von Liechtenstein eingereichten Berichten interessiert ist, findet alle Dokumente auf der Homepage des Amtes für Auswärtige Angelegenheiten unter "[www.aaa.llv.li](http://www.aaa.llv.li) > Berichte und Publikationen > Berichte > Menschenrechte allgemein".

Kontakt:

Ministerium für Äusseres, Justiz und Kultur  
Martin Hasler, Amt für Auswärtige Angelegenheiten  
T +423 236 74 76

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100813273> abgerufen werden.